

Landespräventionsrat NRW

Vorbeugung als Mittel der Bekämpfung



Die beste Art der Bekämpfung ist die Vorbeugung. Getreu diesem Motto richtet die Landesregierung bei der Kriminalbekämpfung das Augenmerk neben der Strafverfolgung vermehrt auf die Kriminalprävention. Eine entscheidende Rolle kommt dabei dem im Juli 2002 von der Landesregierung ins Leben gerufenen Landespräventionsrat (LPR) unter der Leitung von Professor Dr. Michael Walter zu. Der Direktor der Kriminologischen Forschungsstelle der Universität zu Köln ist wissenschaftlicher Experte in Sachen Verbrechen, ihrer Ursprünge und der Bekämpfung. Als unabhängiges, die Politik beratendes Gremium trägt der LPR laut Walter entscheidend zu einer „sinnvollen Koordinierung, Unterstützung und Fortentwicklung“ der präventiven Kriminalpolitik bei. „Es geht uns um die Entwicklung sozialer Räume, in denen sich die

Menschen sicher fühlen und entfalten können – vom Bolzplatz über die U-Bahnstation bis hin zum Tanzlokal“, beschreibt Walter Aufgabe und Ziel des Rates.

Die 20 von der Landesregierung ernannten ehrenamtlichen Mitglieder des LPR sind hochrangige Vertreter aus Wissenschaft, Medien, Wirtschaft, Kirchen, Gewerkschaften, Sport- und Migrantenorganisationen und bringen Erfahrung aus den meisten gesellschaftlichen Bereichen mit. Gemeinsam verschaffen sie sich einen Überblick über die Präventionsprojekte der Gemeinden, mustern und unterstützen diese, um auf Präventionslücken aufmerksam zu werden. Ein erhebliches Defizit wurde zum Beispiel beim Schutz älterer und behinderter Menschen aufgedeckt.

Jugendliche Opfer krimineller Gewalt stehen oft besonders unter dem Schock der Untat, die an ihnen begangen wurde. Darum bedarf es einer besonderen Umgebung und speziell geschulter Ermittler, um Kindern bei der Erstellung eines Phantombildes (Foto) so zu helfen, dass das Verbrechen ein „Gesicht“ bekommt. Foto: Polizei NRW

Die Kontaktpflege zu Praktikern und Wissenschaftlern, die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene sowie der Dialog mit Kommunen, Bund und den anderen Bundesländern stehen bei der Arbeit des LPR im Vordergrund. Finanziert wird das überparteiliche Gremium von den Landesministerien.



Innenminister
Dr. Fritz Behrens

Vier Fragen an den Minister

Was kann der Landtag tun, damit die Kriminalität in Nordrhein-Westfalen langfristig sinkt?

Behrens: Kriminalität hat viele Ursachen. Sie kann wegen ihrer komplexen und differenzierten Entstehungszusammenhänge nur in einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz erfolgreich bekämpft werden. Deshalb sind verschiedene Politikfelder betroffen: Neben der Innenpolitik sind Jugend-, Familien-, Ausländer- und Sozialpolitik beteiligt. Der Landtag wird regelmäßig über die Entwicklung der Kriminalität informiert und wirkt im Rahmen seiner Ausschussarbeit und als Gesetzgeber an der Schaffung adäquater Rahmenbedingungen zur Kriminalitätsbekämpfung mit.

Welche konkreten Reformen wollen Sie noch in diesem Jahr angehen?

Behrens: Der Kriminalitätsanstieg ist im Wesentlichen auf Delikte der Massenkrimina-

lität, insbesondere auf dem Eigentumssektor, zurückzuführen. Autos werden aufgebrochen, weil leichte und lukrative Beute winkt. Die Entwicklungen im Land laufen allerdings unterschiedlich: landesweite Patentrezepte gibt es nicht. Deshalb analysieren die örtlichen Polizeibehörden die regionalen Ursachen und setzen individuelle Konzepte um. Das Innenministerium unterstützt dabei: Beispielsweise werden durch die Einrichtung des zentralen Meldedienstes „Kfz-Kriminalität“ die Behörden in die Lage versetzt, Tatzusammenhänge überörtlicher Täter zu erkennen. Die Nutzung der DNA-Analytik wird weiter vorangetrieben, zwei Millionen Euro wurden für dezentrale Untersuchungen von Tatortspuren zur Verfügung gestellt.

Kriminalitätsbekämpfung kostet Geld. Ist der schnelle Rückgang der Kriminalität trotz der angespannten Haushaltslage realistisch?

Behrens: Anstieg und Rückgang von Kriminalität ist von vielen Faktoren und Rahmenbedingungen abhängig. Die öffentliche Sicherheit bedeutet nicht nur Lebensqualität und ist Standortfaktor – sie ist ein Bürgerrecht.

Es ist mein Ziel, trotz knapper Gelder hier einen politischen Schwerpunkt zu setzen.

Hat NRW im Vergleich zu anderen Bundesländern bei der Kriminalitätsbekämpfung die Nase vorn oder gibt es wegweisende Modelle in anderen Bundesländern, die von NRW übernommen werden können?

Behrens: Negative Trends sind auch in anderen westlichen Bundesländern zu beobachten. Durch zentrale und dezentrale Maßnahmen haben wir in NRW gegengesteuert. Erste Erfolge sind erkennbar: Beispielsweise wurde das Phänomen „Homejacking“ – Raub hochwertiger Pkw durch Eindringen in die Wohnung und Entwendung der Fahrzeugschlüssel – durch spezielle Ermittlungskommissionen erfolgreich zurückgedrängt. In den großen Städten jagen Sonderkommissionen mit guten Erfolgen Wohnungseinbrecher. Nordrhein-Westfalen ist mit rund 18 Millionen Einwohnern das bevölkerungsstärkste Bundesland und in seiner Struktur überwiegend durch städtische Ballungsräume sowie eine gut ausgebauten Infrastruktur geprägt. Ein Vergleich mit den Kriminalitätsbekämpfungsmodellen anderer Bundesländer ohne Berücksichtigung der jeweiligen strukturellen Rahmenbedingungen ist nur eingeschränkt möglich.